

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angeschlossen.
Redaktion: SW. 68, Cindenerstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszelt 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenerstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Volkspartei und Schulgesetz.

Die Hanseaten gegen Reudell. — Sogar Scholz will die Simultanschule.

Die Volksparteier von der Wasserkannte hielten dieser Tage in Bremen eine sogenannte Hanseaten-tagung ab. Dabei beschäftigten sie sich auch mit dem Reichsschulgesetzentwurf, von dem sie für die Hansestädte mit Recht eine Befreiung der dortigen Schulsysteme erwarten.

Der neue Reichsschulgesetzentwurf nimmt auf die Interessen des deutschen Volksschulwesens und auf die Schulverhältnisse, wie sie in den Hansestädten bestehen, nicht genügend Rücksicht. Wenn es nicht gelingt, in den Entwurf die Sicherheiten hineinzuarbeiten, die in dieser Beziehung notwendig sind, ist der Entwurf von den Vertretern der Hansestädte abzulehnen.

Am anderen Ende des Reiches, in Königsberg, hielt der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Volkspartei, Abgeordneter Scholz, vor den Wahlkreisvertrauensleuten einen politischen Vortrag, in dem er sich mit aller Schärfe gegen ein Reichskonkordat mit der Kirche aussprach und hinzusetzte:

Eine Vereinbarung mit der katholischen Kirche, wie wir sie auch immer nennen, wer sie auch abschließen möge und wes Inhalts sie auch sei, dürfe unter keinen Umständen die Souveränität des Staates antasten. Die Deutsche Volkspartei werde einen jeden solchen Versuch ablehnen.

Auch über das Reichsschulgesetz fand Herr Scholz sehr energische Worte. Nach dem Bericht seines Königsberger Parteiblattes hat er folgendes gesagt:

Ein schwerer Prüfstein wird das Reichsschulgesetz sein. Die Deutsche Volkspartei wird dabei unbedingt an ihrem alten Leitsatz festhalten: wir wollen national sein bis auf die Knochen, aber wir wollen und müssen auch eine liberale Partei bleiben. Dr. Scholz führte zu dem Entwurf des Schulgesetzes noch aus, daß dem Wortlaut nach zwar die absolute Souveränität des Staates festgelegt werden solle, aber es seien doch noch einige Hinter-türen vorhanden, durch die praktisch eine geistliche Schulaufsicht hineinkommen könne. Weiter verlangen wir die Gewissens- und Lehrfreiheit der Lehrpersonen. Sie ist äußerlich auch nicht angetastet, aber auch hierüber gibt es einige bedenkliche Stellen. Ein weiterer Hauptpunkt ist die Stellung der Gemeinschaftsschule. Die Verfassungsbestimmungen über die Schule erweisen sich immer mehr als ein unheiliger Kompromiß. Die Gemeinschaftsschule war damals als Regel gedacht. Aber auch das Elternrecht soll möglichst

berücksichtigt werden. Ich bin der Meinung, daß die erste Bestimmung der zweiten vorgeht. Jedenfalls werden wir daran festhalten, daß die Gemeinschaftsschule, die ja daselbst ist wie die Simultanschule, unbedingt als Regelschule anzusehen ist, daß sie bestehen bleiben muß, sofern nicht eine ausdrücklich zugelassene Option für die Konfessionsschule vorliegt.

Man wird diese festen Zusicherungen des Leiters der volksparteilichen Reichstagsfraktion festhalten und mit dem tatsächlichen Vorgehen der gleichen Reichstagsfraktion in Vergleich stellen müssen. Zurzeit legt die Volkspartei noch großen Wert darauf, als Vorkämpferin der liberalen Schulform zu gelten. Eine Andeutung des „Demokratischen Zeitungsdienstes“, wonach zwischen Zentrum und Volkspartei schon eingehende Verhandlungen über das Schulgesetz stattfinden, wird heute noch von der „Nationalliberalen Korrespondenz“ entrüstet abgewiesen. Wie lange diese Ablehnungstimmung aber vorhalten wird, bleibt abzuwarten.

In seinem Wahlkreise Königsberg hat Herr Scholz übrigens auch auf den Flaggenstreit Bezug genommen. Er erklärte dabei, daß bisher der Kampf um die Reichsfarben ein „Kampf von Ideen“ war, während jetzt, nach dem Eingreifen des Berliner Magistrats, sie „die Existenz jedes einzelnen bedrohe“. Unter diesen Umständen hält er es für richtiger, den Weg des Volkseinsatzes einzuschlagen. Doch wird ihm vor diesem Wege schon bange, sobald er nur daran denkt. Deswegen fügt er hinzu:

Zwei Voraussetzungen — wahrscheinlich unerfüllbare — müßten dazu allerdings erfüllt werden: alle prominenten Persönlichkeiten müßten absolut festgelegt werden, die Stimme des Volkes anzuerkennen, und es darf vorher unter keinen Umständen ein Wahlkampf geführt werden.

Das wäre allerdings für die Anhänger des alten Systems ein wundervoller Ausweg! Einfach abstimmen lassen, ohne daß vor den Wählern die Bedeutung der Abstimmung überhaupt in einem Wahlkampfe erörtert würde! Aber sogar Herr Scholz sieht ein, daß das unerfüllbare Bedingungen sind, und deswegen wird er sich, wie die übrigen Befürworter des Volkseinsatzes, über die Spielerei mit der Möglichkeit nicht hinauswagen. Unterstrichen muß jedoch werden, daß die Partei, die sich selbst noch immer als „national bis auf die Knochen“ bezeichnet, die Nationalfarben weiterhin zu boykottieren beabsichtigt!

Umbau der Arbeitsnachweise.

Die Aufgaben der Selbstverwaltungsorgane.

Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung tritt am 1. Oktober in Kraft. Der Reichsarbeitsminister hat jedoch das Recht bekommen, einzelne Bestimmungen schon vorher in Kraft zu setzen. Von diesem Recht hat er inzwischen durch eine Verordnung vom 8. August Gebrauch gemacht. Es handelt sich dabei um jene Bestimmungen, die den Umbau der Arbeitsnachweise und die Mitwirkung der Selbstverwaltungsorgane ermöglichen. Damit ist der Aufbau der Reichsanstalt zur Tagesaufgabe geworden. Die Arbeiter und Angestellten sind an der richtigen Lösung am stärksten interessiert, hängt doch von einer leistungsfähigen Arbeitsmarktorganisation und dem Geist, der in ihr lebendig ist, ihr Arbeitsschicksal mit ab. Es ist deshalb selbstverständlich, daß sie den kommenden Dingen ihre größte Aufmerksamkeit schenken müssen.

Die Übergangsbestimmungen des Gesetzes sehen vor, daß die bestehenden Arbeitsnachweisämter der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eingegliedert werden: das Reichsamt für Arbeitsvermittlung wird die Hauptstelle der Reichsanstalt, die Landesämter für Arbeitsvermittlung werden die Landesarbeitsämter und die öffentlichen Arbeitsnachweise werden die Arbeitsämter. Auch wenn die Eingliederung noch nicht erfolgt ist, haben die alten Arbeitsnachweisämter die Aufgaben durchzuführen, die den Gliedern der Reichsanstalt obliegen. Damit sind jene unentbehrlichen Sicherungen für die reibungslose Fortführung des Arbeitslosenschutzes getroffen. Keineswegs ist jedoch damit gesagt, daß der gegenwärtige Aufbau unangetastet bleiben soll. Es wird die Aufgabe der Selbstverwaltungsorgane sein, zu ihrem Teil dazu beizutragen, daß die Reugliederung, den sachlichen Notwendigkeiten entsprechend, so bald wie möglich durchgeführt wird. Das Gesetz sieht als äußersten Termin den 30. September nächsten Jahres vor.

Die Leistungsfähigkeit der Reichsanstalt hängt ab von der Lebensfähigkeit ihrer Glieder. Bei der Schaffung der Arbeitsämter wird es deshalb darauf ankommen, den Wirkungsbereich so abzugrenzen, daß die lokale Arbeitsvermittlung mit dem höchsten Ruhezustand betrieben werden kann. Der Bezirk des Arbeitsamtes muß groß genug sein, um eine spezialisierte Arbeitsvermittlung und eine gründliche Arbeitsmarktbeobachtung zu ermöglichen. Erst dann wird sich die Technik der Arbeitsvermittlung entwickeln können. Solche leistungsfähigen Gebilde sind auch die Voraussetzung für die Entwicklung der Berufsberatung und die sonstigen Aufgaben der Arbeitsmarktpolitik. Bei größeren räumlichen Entfernungen sind Nebenstellen zu errichten.

Das Gesetz gibt dem Vorstand der Reichsanstalt die Möglichkeit für eine solche Reugliederung sowohl hinsichtlich der Arbeitsämter wie der Landesarbeitsämter. Diese Maßnahmen sind im Benehmen mit der obersten Landesbehörde und nach Anhörung der Verwaltungsausschüsse zu treffen. Die Entscheidung liegt also beim Vorstand. Es ist anzunehmen, daß die Verwaltungsausschüsse für die praktischen Bedürfnisse einer zweckvollen Gliederung der Reichsanstalt volles Verständnis haben. Bei den obersten Landesbehörden werden sehr häufig die partikularen Interessen im Vordergrund stehen. Um so nachdrücklicher muß betont werden, daß bei der Abgrenzung der Arbeitsämter und Landesarbeitsämter irgendwelche politischen Tendenzen keine Rolle spielen dürfen. Es wird Sache des Vorstandes sein, allen partikularen Bestrebungen rücksichtslos entgegenzutreten und nötigenfalls seine Entscheidungen auch gegen eine oberste Landesbehörde zu treffen.

Als Organe der Reichsanstalt sind bekanntlich neben dem Vorstand vorgesehen: die Verwaltungsausschüsse der Arbeitsämter und Landesarbeitsämter, außerdem der Verwaltungsrat der Reichsanstalt. Vorstand und Verwaltungsrat können auf Grund der eingangs erwähnten Verordnung des Reichsarbeitsministers schon jetzt endgültig gewählt werden; bis dahin treten an ihre Stelle der jetzige Verwaltungsrat des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung und der auf Grund seines Vorschlages inzwischen bestellte vorläufige Vorstand der Reichsanstalt.

Die Beisitzer der Verwaltungsausschüsse bleiben auch nach Eingliederung ihrer Arbeitsnachweisämter vorläufig im Amt. Werden die Bezirke mehrerer Arbeitsnachweisämter vereinigt, so gehören alle Beisitzer ihrer Verwaltungsausschüsse dem neuen Verwaltungsausschuß an. Sobald als möglich sollen die Organe der Reichsanstalt neu gebildet werden.

Den Selbstverwaltungsorganen obliegt Mitwirkung und teilweise Entscheidung bei der Auswahl der Vorsitzenden der Landesarbeitsämter und Arbeitsämter. Von der richtigen Auswahl dieser Personen wird es abhängen, welcher Geist in der neuen Reichsanstalt lebendig sein wird. Die beste bezirkliche Organisation und die vollkommenste technische Ausrüstung ist wertlos, wenn keine Menschen vorhanden sind, die die Größe ihrer sozialen Aufgabe voll erfasst haben. Von ihrem sozialen Wirken hängt das Vertrauen zur neuen Reichsanstalt ab.

Das Selbstverwaltungsrecht ist in diesem entscheidenden Punkt äußerst unvollkommen; die weitergehenden Forderungen der Sozialdemokratie hat die bürgerliche Regierungskoalition abgelehnt. Es wird ein Prüfstein für die neue Reichsanstalt sein, wieweit sie sich dennoch Vertrauen bei den Arbeitern und Angestellten erringen will. Obwohl die gesamten Kosten der Reichsanstalt aus den Bei-

Für den internationalen Austausch.

Breitscheid im 3. Ausschuß.

V. Sch. Genf, 13. September. (Eigenbericht.)

In der zweiten Kommission (technische Organisation des Völkerbundes) stand heute die Frage der geistigen Zusammenarbeit zur Debatte. In der Aussprache ergriff Genosse Breitscheid das Wort in französischer Sprache, um zunächst die Stellungnahme Deutschlands zu diesem Problem darzustellen, deren Wichtigkeit für die Völkerverständigung man nicht hoch genug einschätzen könne. Die Erkenntnis dieser Bedeutung habe im letzten Jahre in Deutschland große Fortschritte gemacht. Wie schon in anderen Ländern solle auch in Deutschland eine nationale Kommission für die internationale geistige Zusammenarbeit gebildet werden und die Vorarbeiten dafür seien schon soweit gediehen, daß die Konstituierung dieser Kommission bereits im Oktober erfolgen werde. Es werde auch ein besonderes deutsches Sekretariat eingerichtet werden. Besonders Wert lege man in Deutschland auf den internationalen Austausch von Studenten und Professoren. Was die Frage des Schutzes der Urheberrechte betreffe, so neige Deutschland eher zugunsten des 30jährigen Urheberrechtes schon im Interesse der Schulbücher, und um Preistreiberhaken vorzubeugen. Ein 30jähriger Urheberrecht genüge vollkommen, um die moralischen und materiellen Interessen der Hinterbliebenen zu wahren.

In Deutschland schreite der Gedanke der Propagierung des Völkerbundsgedankens in der Schule vorwärts; besonders der preussische Unterrichtsminister Dr. Becker habe sich auf diesem Gebiete große Verdienste erworben.

Die Ausführungen Breitscheids ernteten sehr starken und einmütigen Beifall, ebenso der Bericht, den er nach dem weiteren Verlauf der Diskussion dem Ausschuß unterbreitete. Daraufhin wurde Breitscheid einstimmig unter starkem Beifall zum Berichterstatter der Kommission über die Frage der internationalen geistigen Zusammenarbeit für die Plenarsitzung des Völkerbundes gewählt.

Der italienische Delegierte trat dafür ein, daß das Angebot seiner Regierung, ein internationales kinematographisches Institut unter den Auspizien des Völkerbundes in Rom auf Kosten der italienischen Regierung zu errichten, möglichst debattelos angenommen und der Vollversammlung empfohlen werde.

Der französische Vertreter Loucheur wandte dagegen ein, daß man diese Frage vorerst gründlich prüfen müsse. (Es wird nämlich vermutet, daß dieses Angebot der Regierung Mussolinis

in Wirklichkeit in der Hauptsache dazu dienen solle, die faschistische Propaganda durch den Film international fördern zu lassen.)

Dennoch versuchte der italienische Vertreter in der Kommission sein Ziel dadurch zu erreichen, daß er Breitscheid als Berichterstatter der Kommission aufforderte, dieses Angebot der italienischen Regierung in seinem Bericht vor dem Plenum zu befürworten. Darauf erwiderte Breitscheid, er sei leider kein Kinomann und könne dieser Aufforderung keine Folge leisten, da er die Prüfung dieses Angebotes von sachverständiger Seite abwarten müsse.

Grandi in Genf.

Ruffolinis Unterstaatssekretär Grandi ist auf einen Tag nach Genf gekommen, um mit Strefmann, Chamberlain und Briand kurze Unterredungen zu haben.

Schwerer Verkehrsunfall in Kiel.

6 Personen schwer, 20 leicht verletzt.

Kiel, 13. September. (WfB.)

Heute vormittag stieß auf der Ostseite der Kieler Förde in Reumühle-Dietrichsdorf ein großer Kraftwagen, der mit Ausflüglern, u. a. auch mit Schulkindern, besetzt war mit einem Kieler Straßenbahnwagen zusammen. Dabei wurde der Vorderperon des Straßenbahnwagens eingebrückt. Von den Insassen des Kraftwagens wurden sechs Personen schwer und gegen 20 leicht verletzt.

Auch der Führer und einige Fahrgäste des Straßenbahnwagens wurden leicht verletzt.

Der Zusammenstoß ist darauf zurückzuführen, daß der Führer des Kraftwagens einem plötzlich vor ihm auftauchenden Fußgänger, um ihn nicht zu überfahren, scharf ausweichen mußte.

Furchtbare Menschenschlächterei.

Zehntausende Chinesen niedergemacht.

Peking, 13. September.

Nach Meldungen chinesischer Lokalblätter töteten Mitglieder einer chinesischen Vereinigung einige Soldaten Jengghuangs in Tchangte, einer Stadt im Norden der Provinz Houan. Die Truppen Jengghuangs richteten darauf ein furchtbares Gemetzel an, ohne auf Alter oder Geschlecht Rücksicht zu nehmen. Nach den Schätzungen chinesischer Blätter wurden zwischen 30 000 und 80 000 Menschen niedergemacht.

fragen zur Arbeitslosenversicherung gedeckt werden, stellen die Arbeitnehmer zu den Selbstverwaltungsorganen nur ein Drittel der Beisitzer. Aber auch das war für die Bureauplatze noch nicht Sicherung genug. Bei Ernennung der Vorsitzenden der Landesarbeitsämter durch den Reichspräsidenten ist nur das Benehmen mit dem Vorstand der Reichsanstalt herzustellen, der vorher den Verwaltungsausschuss des Landesarbeitsamts zu hören hat. Es ist aber außerdem noch das Benehmen mit der obersten Landesbehörde herzustellen. Nur die Vorsitzenden der Arbeitsämter ernannt der Vorstand der Reichsanstalt nach Anhörung des Verwaltungsausschusses des Arbeitsamtes.

Für die Auswahl der Vorsitzenden der Landesarbeitsämter und Arbeitsämter darf weder die akademische Vorbildung noch irgendwelche Laufbahnordnung ausschlaggebend sein. Hier darf es nur eins geben: Heranziehung aller bewährten Kräfte und wirklich freie Bahn dem Tüchtigen. Es wäre eine Katastrophe, wenn Oshentour und Berechtigungsweisen den Geist der neuen Reichsanstalt bestimmen würden.

## Löbe und Kriegsdienstverweigerung. Große Aufregung rechts.

Auf einem demokratischen Friedenskongress in Mannheim, an dem auch der bekannte christlich-französische Vorkämpfer der Verständigung, Marce Sanguier teilnahm, hielt gestern Genosse Löbe eine kurze Ansprache, in der er empfahl, im Falle eines Krieges die Staatsmänner und Journalisten, die es soweit getrieben hätten, als erste in die Schützengräben zu schicken. Auch wäre ein internationales Gesetz wünschenswert, in dem erklärt werde, daß niemand zum Waffendienst gezwungen werden könnte.

Darob fürchterliches Geschrei rechts. Der „Tag“ fragt sogar aufgeregt, was der Reichstag dazu sagt. Diese Frage glauben wir im voraus beantworten zu können. Der Reichstag wird überhaupt nichts dazu sagen, weil er es nicht als seines Amtes betrachtend wird, seinen Präsidenten unter Zensur zu stellen. Die vernünftigen Leute im Reichstag aber werden sagen, daß selbst im „Tag“ noch selten eine so große Dummheit gestanden habe wie diesmal. Denn bekanntlich ist in Deutschland die militärische Dienstpflicht bereits durch den Friedensvertrag beseitigt, während sie in den meisten anderen Ländern noch besteht. In ihrer Begeisterung für den Kommiß übersieht die Reichspresse das gänzlich. Sie möchte gern Löbe den Prozeß machen, weil er — anderswo, wo sie noch besteht — die Militärdienstpflicht abschaffen will!

### Die Deutschnationalen in Paris.

Von den Deutschnationalen, die in Paris an der Tagung der Interparlamentarischen Union teilnehmen, hat man absonderliche Dinge erfahren. Nach Deutschland zurückgekehrt, wurden denn auch die Abgeordneten Leopold, Dietrich und Mirka Scheidel von einem Vertreter der deutschnationalen Parkeifonferenz verantwortlich vernommen. Sie erklärten, es sei nicht richtig, daß sie alle deutschen Reden in Paris gebilligt hätten, das gelte nur für die Rede Schüllings, die anderen seien ihnen zuvor nicht bekannt gewesen. Begrüßt hätten sie wohl die Forderung Löbes nach Räumung des besetzten Gebietes, aber sonst hätten sie Löbes Rede als „unpolitisch“ empfunden, ebenso Sollmanns Bemerkungen über die deutschen Wehrverbände. Frau Ulrike Scheidel hätte auch dem Genossen Sollmann sofort ihr Bestreben ausgesprochen. Hoffentlich wird man den Herrschaften nun glauben, daß sie sich in Paris als „aufrechte deutsche Frauen und Männer“ benommen haben, so wie man sie sich in der Honoratiorenstube in Roßburg vorstellt. Wäre es nicht so, so wäre es schlimm.

**Eberl-Bild und Postamt Dortmund.** Wir berichteten kürzlich über das Verbot des Oberpostdirektors des Postamtes Dortmund I, im Erleischungsraum ein Bild des ersten Reichspräsidenten Eberl aufzuhängen. Auf die Beschwerde der Allgemeinen Deutschen Postgenossenschaft hin hat die Oberpostdirektion nunmehr gestattet, das Bild im Sitzungszimmer des Betriebsrats aufzuhängen.

## Schule - Theater - Film.

### Ein „Lehrgang“ auf der Magdeburger Theaterausstellung.

Unter den zahlreichen Tagungen, die in diesem Sommer auf der Deutschen Theaterausstellung in Magdeburg stattgefunden haben, dürfte die nicht fehlen, die das Verhältnis der Schule zu Theater und Film zum Gegenstand hatte. Man erledigte das sehr gründlich: volle sieben Tage nahmen die Vorträge und Vorführungen in Anspruch, die das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in Berlin gemeinsam mit der Magdeburger Lehrerschaft veranstaltete; vom 2. bis zum 9. September. Man könnte diesen recht lehrreichen und ausgedehnten „Lehrgang“ als eine provinzielle Angelegenheit mit Schillerschweigen übergeben, hätte nicht die höchste Schulbehörde des Reiches segnend ihre Hände darüber gebreitet und in Person der Herren Dr. Lebede und Prof. Lampe die persönliche Regie übernommen. So aber muß dieser Kongress oder, wie man ihn offiziell getauft hat, „Lehrgang“, als typisch und maßgebend angesehen werden.

Die Schule behauptet, sie habe ihre passive Haltung dem Theater gegenüber — man kann auch ruhig von einer negativen reden, insofern sie den Schülern die Freude an der russischen Literatur verweigert hat — endlich aufgegeben, sie sei theaterfreundlich geworden. Aber da hat sie den Teufel mit Beizebul ausgetrieben. Man findet zuweilen einmal eine besonders humorbegabte Lehrerin, die den Meinen in der Grundschule den grauen Horizont der Bestandadresse mit Kasperlepielen aufhellte; an einer Mittelschule mag sich wohl auch einmal ein besonders gelahrter Magister mit Theatergeschichten und Bühnentechnik abgeben. Aber sobald der Regisseur in monotonen Lehren ausbricht und sie mit ihren Zöglingen Laienspieler veranstaltet, geraten sie meistens auf Matteln. Dann wirkt der Fluß der Kaisergeburtstagsfeier weiter, und statt des „Gemeinschaftsfeiertes“, den sie zu pflegen vorgeben, züchten sie jene verheerende Dilettantenteilheit, die allen Geschmack und alle Selbstkritik vergiftet. Was den Inhalt dieser Schülervorführungen angeht, so führt er die Jugend von der Gegenwart ab und kultiviert nach bewährter Stubenhockerart das schöne, goldene, romantische Mittelalter. Unsere Kinder müssen nun einmal wie in wilhelminischen Tagen zu Träumern und Wolkensuckersheimern erzogen werden — nur beiseite nicht zu Taimenischen, die mit hellen Augen in die Welt der Gegenwart schauen. Der „Geselländer Tanzkreis“ und Luferkes „Schule am Meer“, die noch immer ihre minnielichen Reigen hopfen wie schon vor 20 Jahren, werden als Muster gepriesen.

Weit bedenklicher noch ist die Haltung des Zentralinstituts dem Film gegenüber. Was soll man dazu sagen, daß der Vorsitzende Dr. Fimpeffstelle, Lampe, dem „feststehenden“ Film, d. h. dem seit Jahrzehnten gebräuchlichen Bildfilm den Vorzug gibt vor dem „beweglichen“, d. h. dem, was wir allein als „Film“ anzusprechen pflegen? Die Proletariatskinder der Grundschule werden noch immer unter den Augen des Zentralinstituts mit den schamlos fotoreierten, sämtlich wertlosen „Märchenbildern“ abgepeißt, und die wirklichen Filme, die man vorführen, bewiesen die Ahnungslosigkeit des Herrn Professors in Dingen des Geschmacks. Da gab es ein erbsämlich auf-

## KPD. - Scherbengericht in Halle. Zerschlagung der SPD. war das Ziel, aber man hat nur die eigene Partei zerschlagen.

Halle, 13. September. (Eigenbericht.)

Ueber die am Sonntag in Halle stattgefundene Stadtdelegiertenkonferenz hielten sich die hiesigen Kommunisten in tiefes Schweigen. Man begnügt sich damit, eine Resolution und einige Diskussionsbrocken zu veröffentlichen, um dem Schein zu genügen. In der Resolution heißt es:

„Die Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse ist es, auf dem Wege der Niedererschlagung der Bourgeoisie zu kämpfen gegen den imperialistischen Krieg und zum Schutze der Sowjetunion die deutsche Bürgerkriegsregierung zu beseitigen. Die Arbeit der breiten werktätigen Schichten in den Gewerkschaften ist zu vernachlässigen, die Zerschlagung der SPD. ist eine der wichtigsten Voraussetzungen zum Sieg. In dieser ersten Situation, wo es gilt, alle Kräfte der Partei einheitlich zusammenzuführen, um die gewaltigen Aufgaben zu erfüllen, sind wiederum unverantwortliche Kräfte in unserem Bezirk am Werk, die Partei als Bollwerk des revolutionären Proletariats zu zertrümmern. In unverantwortlicher Weise wird gegen die Fraktionsarbeit in der Partei, schon eine neue Partei organisiert, der Versuch gemacht, das Vertrauen zur Führung zu untergraben. Die Stadtdelegiertenkonferenz verurteilt energisch dieses unverantwortliche Beginnen und verlangt, daß die Bezirksleitung alles tut, um die Einheit der Partei zu sichern.“

Die Resolution wurde mit 85 gegen 13 Stimmen angenommen. In der Debatte wurde mitgeteilt, daß am vergangenen Freitag in Halle unter der Leitung von Urbahns eine Fraktions-sitzung des Sportklubs „Merkur“ stattgefunden habe. Urbahns umschleiche ständig die halleschen Oppositionellen und namentlich Kilian sei vollkommen in den Reigen der Urbahns-Fischer-Intrigen verstrickt.

Es hat den Anschein, als ob man zunächst gegen die Angehörigen des Sportklubs Merkur in ihrer Gesamtheit aus Furcht vor tiefgreifenden organisatorischen Wirkungen nicht vorgehen und seine ganze Kraft auf Kilian konzentrieren wolle. Kilian wurde, was der Bericht verschweigt, zur Stadtdelegiertenkonferenz, auch darüber schweigen sich die Kommunisten aus, beschloß, den Bezirksvorstand der KPD. zu ersuchen, den ordentlichen Ausschluß Kilians aus der KPD. durchzuführen.

## „Achtgroshenjungen“. Ertappte Spitzelgüchter.

Wir haben vor wenigen Tagen das Zugeständnis des Berliner Kommunistenblattes zitiert, daß die Bemühungen, das Reichsbanner zu „zersehen“, vergeblich gewesen sind, und daß das Reichsbanner heute geschlossener dastehe, als den Kommunisten lieb ist.

Zunächst hat das Kommunistenorgan auf unsere sachlichen Feststellungen nur mit hilflosen Ausflüchten geantwortet, heute aber, nachdem eine Reihe von Tagen ins Land gegangen ist, kommt es mit der Behauptung, der „Vorwärts“ habe eine „schmutzige“ Denunziation begangen, indem er den Verfasser jener Abhandlung als den „bezahlten Zersehungsleiter“ und „Zersehungsman“ bezeichnete. Eine solche „Denunziation“ pflegten sonst nur „bezahlte Achtgroshenjungen“ zu begehen.

Diese nachträgliche Aufregung beweist uns nur das eine, daß wir mit unserer Beziehung ins Schwarze getroffen hätten. Uebrigens sollten die Kommunisten mit der Verwendung der aus früheren Zeiten stammenden Bezeichnung „Achtgroshenjungen“ sehr sparsam umgehen. Denn noch in keiner Partei oder anderen Organisationen sind so viele Spitzeln führender Stellung tätig gewesen als gerade bei den Kommunisten.

Heute ist gerade die Kommunistische Partei die Lieferantin immer neuer Spitzel, die in andere Organisationen geschickt werden. Wir haben erst vor kurzem den Fall des Jugend-

gezogenes Feenmärchen, von Thea von Harbou mit allerhand lyrischem Schmelz eingewickelt, den ersten Teil des Riblungen-Films, den leiserzeit der Herr Professor als „volkstümlich“ empfohlen hat. Die „Weber“ wirtten neben soviel Risch nur noch als dürftige Konzeption.

Das eben ist das besonders Niederdrückende, daß der Geist dieses reaktionären Herrn Lampe, der in einem Rhein-Vortrag aus seiner Hohenzollernbegeisterung kein Hehl machte und unter den Preußen verdienten Rheinländern weder der Freiherrn vom Stein, noch Marx und Engels und nicht August Bebel nannte — Ueberschrift „Staatsbürgerliche Erziehung“ — daß dieser wilhelminische Geist diese Tagung regieren durfte.

Dr. Hermann Hieber.

**Der fünfte Internationale Kongress für Vetterungswissenschaft** wurde im großen Vortragsaal des Langenbeck-Birchhofhauses von Professor Dr. Erwin Baur (Berlin-Dahlem) eröffnet. Etwa 1000 Teilnehmer aus allen Kulturstaaten haben sich zu dem Kongress eingefunden. Vom Reich, vom preussischen Staat und von den Verbänden wurden Vertreter zu seiner Eröffnung entsandt. Im Rahmen der Begrüßungsansprache führte u. a. der Leiter des städtischen Gesundheitswesens, Dr. Ergalst, aus, daß die Arbeit des Sozialhygienikers, der für die unmittelbare Gegenwart sich bemüht, sich immer mehr mit der des Rassenhygienikers vereinigt, der für die Zukunft schafft. Gerade die wissenschaftlichen und ersten Rassenhygieniker erkennen beim Menschen nur die eine Rasse „Mensch“ an, und so wird auch gerade die Arbeit des Kongresses immer mehr zu der friedlichen Vereinerung der Völker beitragen. Die wissenschaftlichen Verhandlungen begannen mit einem Vortrag von Prof. Ernst v. Betsch in Wien über „Das Problem der Evolution und die moderne Vetterungslehre“.

**Jubiläumstiftungen für das Germanische Museum.** Das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg hat aus Anlaß seines 75-jährigen Jubiläums eine große Anzahl von Stiftungen erhalten, die jetzt in einem Saale vereinigt aufgestellt sind. Besonders erfreulich ist die Erwerbung eines Hauptwerkes der Nürnberger Malerei des 15. Jahrhunderts, der Kreuzabnahme Christi von Hans Pleydenwurff, eines Bestandteils des großen Bressauer Altars des Meisters aus dem Jahre 1462; zwei kleinere Reste der Kreuzigung von demselben Altar haben sich im Bressauer Museum erhalten. Henry Thode hatte leiserzeit die große Kreuzabnahme im Pariser Kunsthandel wieder aufgefunden, und die Wiedererwerbung dieses bedeutenden Werkes führte nun ein Hauptdenkmal des niederländisch gerichteten Realismus nach Deutschland zurück, der in der lebhaftesten Bewegung und in der reizend breiteten Landschaftsbildung etwas Neues für die deutsche Malerei bedeutete. Geh. Rat Dr. von Petri und Generaldirektor Dr. Rausch haben das Bild dem Nürnberger Museum gestiftet. Die Reichsregierung schenkte eine um 1460 gemalte Geburt Christi, die wohl aus dem Elsaß stammt. Von Jörg Breu, dem Augsburgischer Meister der Frührenaissance, wurden dem Museum zwei Teile seines Herzogenberger Altars geschenkt. Sie sind ausgezeichnet durch ihr etwas derves Temperament. Von dem bayerischen Maler Hans Wertinger, dem sogenannten Schwabmaler, schenkte man dem Museum zwei Bilder aus seiner Folge der Mo-

letters aus Eßlingen erwähnt, der im Auftrage der kommunistischen Jugendleitung die Sozialistische Arbeiterjugend „zersehen“ sollte. Auch in Berlin sind solche Spitzel festgestellt und schimpflich entsetzt worden. Daß das „Achtgroshenjungen“-System im Reichsbanner keinen Erfolg gehabt hat, mußte der „Zersehungsman“ in der „Athen Fahne“ selbst zugeben. Wenn überhaupt von „Achtgroshenjungen“ die Rede ist, soll man in erster Linie bei den Kommunisten danach suchen, die Sozialdemokratie aber damit verschonen.

## Wie wirken die Arbeitsgerichte?

### „Uebermäßig stark in Anspruch genommen.“

Der Amtliche Preussische Pressedienst meldet:

Seit der Einrichtung der Arbeitsgerichte und Landesarbeitsgerichte sind erst zwei Monate vergangen, aber diese kurze Zeit hat bereits gezeigt, einer wie starken Inanspruchnahme die neuen Arbeitsgerichtsbehörden ausgesetzt sind. Wer man sich an maßgebenden Stellen zunächst darüber im Zweifel, ob die einzelnen Arbeitsgerichte ausreichende Beschäftigung haben würden, so haben die bisherigen Erfahrungen bereits gezeigt, daß die Arbeitsgerichtsbehörden nicht nur durchweg gut zu tun haben, vielmehr in verschiedenen Fällen — und zwar insbesondere die größeren Arbeitsgerichte — übermäßig stark in Anspruch genommen sind, so daß schon jetzt bei einzelnen Arbeitsgerichten die Frage einer Vergrößerung der Zahl der Kammer und des Personals auftaucht.

Der stärksten Inanspruchnahme ist naturgemäß das Berliner Arbeitsgericht — als größtes deutsches Arbeitsgericht — ausgesetzt. Bei ihm sind bereits in den ersten Wochen derartig viel Klagen eingereicht worden und zur Verhandlung gekommen, daß nur unter allerhöchster Ausnutzung des Personals eine Erledigung der anhängigen Sachen erfolgen konnte. Im Monat Juli wurden im Berliner Arbeitsgericht nicht weniger als circa 5100 Arbeits-sachen erledigt, und im Monat August, in dem für gewöhnlich die Zahl der anhängig gemachten Rechtsstreitigkeiten in Arbeits-sachen wesentlich geringer ist, sogar fast noch 500 Sachen mehr. Nach diesen Zahlen zu urteilen, muß schon jetzt mit einem Jahresdurchschnittsumsatz von 66 000 Arbeits-sachen für das Arbeitsgericht Berlin gerechnet werden, während im Jahre 1923 vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht, den ordentlichen Gerichten und den übrigen Berliner arbeitsgerichtlichen Sondergerichten insgesamt nur circa 54 000 Arbeits-sachen zur Erledigung kamen.

Ein ähnliches Bild ergibt sich auch in anderen Bezirken Preußens. So wurden zum Beispiel bereits bei einem größeren Arbeitsgericht im Westen im Monat Juli 4000 Sachen gezählt, während im Vorjahre die Zahl der in diesem Monat verhandelten Sachen kaum mehr als die Hälfte betrug.

Wenn bei Würdigung dieses zahlenmäßigen Anstiegs der Prozesse in Arbeits-sachen auch nicht verkannt werden soll, daß gewisse Prozesskonjunkturoverhältnisse (der 1. Juli ist Kündigungstermin) und die Auffassung vieler schon vor dem 1. Juli zur Klageerhebung reifer Sachen auf den 1. Juli an und für sich einen gewissen Anstieg bei den neuen Arbeitsgerichtsbehörden mit sich gebracht haben, so besteht doch andererseits insbesondere im Hinblick auf die August-zahlen kein Zweifel darüber, daß unabhängig von den beiden angeführten Momenten eine starke Zunahme von arbeitsgerichtlichen Prozessen allenthalben zu verzeichnen ist; ein Zeichen auch dafür, daß man den neuen Arbeitsgerichtsbehörden beim Publikum mit Vertrauen entgegenkommt.

**Das deutschnationale Panama in Württemberg.** Wie die „Württembergische Zeitung“ hört, sind im Zusammenhang mit den Unregelmäßigkeiten bei der Stuttgarter Handwerkskammer der frühere Vorsitzende Wolf, der frühere Syndikus Dr. Gerhardt, und der frühere Geschäftsführer des Einziehungsamtes und Direktor der Landwirtschaftsstelle Klemm, verhaftet worden.

**Todesurteile im Leningrader Spionageprozeß.** Neun Angeklagte wurden zum Tode und 13 zu Gefängnisstrafen von 6 Monaten bis zu 8 Jahren verurteilt.

note, die die Sommerfreuden und die Erntearbeit vom Juni bis August schildern. Als Werk der neueren Malerei kam ein schönes Selbstbildnis des Berliner Hofmalers Antoine Pesne bei dieser Gelegenheit nach Nürnberg. Auch einige ausgezeichnete spätgotische Plastiken erhielt das Germanische Museum; so eine westpreussische Schreie-Maria aus der Zeit um 1300 von jenem seltenen Typus, der die thronende Mutter Gottes, hier in sehr feiner alter Vergoldung und Bemalung, als aufstrebende Lindenblüthenfigur zeigt, deren ganzes Gewand sich öffnen kann. Dann ist da eine gerliche Heimlichungsgruppe in dem flehenden Stile der Zeit um 1400 aus Sandstein. In die Zeit der alten Kunst- und Wunderkammern führt die lustige Figur eines Trommlers aus dem 18. Jahrhundert, eine Holzfigur, die zum Aufziehen ist und einen hübsch bemalten Clowm zeigt. Man erinnert sich dabei der Szene in Goethes „Faust“ „Der Sammler und die Seimigen“, wo die Herrschaften die Sammlung besichtigen und die Dienerschaft unterdessen beim Anheben des Gestrümmels eines solchen großen grotesken Spielzeug-Clowms sich wegnügt.

**Herbst.** Draußen, der Baum vor meinem Fenster, der steht noch im vollen Schmelz seiner grünen Blätter. Bloß, wenn man genau hinschaut, sieht das Auge hin und wieder auf vereinzelt gelbe Stellen: die ersten Opfer der Jahreszeit, der Beginn des allgemeinen Blätterabfalls. In ein paar Wochen werden es schon mehr gelbe Blätter sein, und dann noch ein paar Wochen später wird der jetzt noch grüne Baum rot und orange und violett auslehen. Da werden dann die Menschen davon reden, daß auch der Herbst seine Reize habe, und sie werden sagen, daß sie sich an der Vergiltheit der Blätter nicht weniger erfreuen, als sie an ihrem Grün sich labten. Glückliches Menschenauge, das um das Sterben herum seine Poesie weben kann, das Vergiltheit und Ausgedürtheit als romantischen Zauber empfindet! — Der Philosoph Nietzsche hat sich einmal darüber amüsiert, daß die von jarten Dichtergemütern so gern zitierten Sonnenstäubchen ja eigentlich nur ausgewirbelter Dreck seien, der von Bakterien wimmelt. Ach, auch das farbenfrohe Bild des hinstorbenden Blätterstümmels ist einer jener geschickten Drecks der Natur, womit sie einer an sich unerfreulichen Sache den Dramantel einer erquicklichen Aufmachung verleiht. Die Natur ist großartig, die Natur ist gut. Sie hat in das Menschenherz sogar die Befähigung zu der Phrase gelegt, die noch in den Verstummlen eines Schicksalsfeldes notwendige Bausteine staatlichen Lebens erblickt. Darum sollte sie uns nicht auch in dem Dahinwelken und Absterben der Natur reizvolle Schönheiten erblicken lassen können! Arme gelbe Blätter! Schade, daß auch unsere glorifizierung eures erbärmlichen Zustandes euch nicht darüber hinweghilft, daß ihr nun bald als elender Dung auf die Schippe des Straßenscheuers wandert. H. B.

**Die diesjährigen Jansen des Eberl-Eichenhof-Fonds** erbittet durch eine Widmung des Journalisten- und Schriftstellervereins Concordia, wurden durch den Vorstand der deutschen Schiller-Stiftung der Dichterin Ina Eidel in Oberwalde zuerkannt.

**Gesamtausgabe von Jolas Werken.** In Paris beginnt jetzt eine Gesamtausgabe der Werke Jolas zu erscheinen, die von seinem Schilger-ohn Maurice de Mond besorgt wird und eine Anzahl seiner noch nicht veröffentlichten Arbeiten bringt.

## Rakowski soll abziehen.

Die Reaktion nützt seine Unüberlegtheit weidlich aus.

Paris, 13. September. (Eigenbericht.)

Der „Fall Rakowski“ und die Tatsache, daß der jüngste Minister rat im Prinzip beschloffen haben soll, die Abberufung des russischen Botschafters durch die Sowjetregierung zu verlangen, beschäftigt die französische Presse in außerordentlich starkem Maße. In den Reichsblättern wird aus diesem Anlaß eine neue Kampagne für den endgültigen Abbruch der Beziehungen zwischen Frankreich und den Sowjets eingeleitet. Diese Kampagne scheint uns aber aussichtslos zu bleiben. Aller Voraussicht nach wird die französische Regierung sich darauf beschränken, die Abberufung des Botschafters von der Sowjetregierung zu verlangen und durchzuführen. In den Linksblättern wird diese Lösung als die vernünftigste begrüßt, auch Briand soll, wie mehrere Blätter aus Genf melden, damit einverstanden sein und jedenfalls dem Beschluß der Abberufung des russischen Botschafters durch den Ministerrat keinerlei Schwierigkeiten in den Weg legen. Er hat dem Korrespondenten des „Temps“ erklärt, daß er selbst die Arien des Falles dem Ministerrat habe vorlegen lassen und daß er für die Stütze für Stütze geprüft habe und mit seinen sämtlichen Ministerkollegen über diesen Fall einig gehe. Dem „Excelsior“ zufolge ist anzunehmen, daß nach der Abberufung Rakowskis die Geschäfte Rußlands durch einen Geschäftsträger versehen werden.

Der „Quotidien“ hingegen erklärt, von mehreren Ministern zu der Mitteilung ermächtigt zu sein, daß die verbreitete Meldung unzutreffend sei. Der Ministerrat habe lediglich ohne Aussprache beschloffen, mit der Diskussion bis zur Rückkehr Briands zu warten. Danach sieht es so aus, als ob die nach dem Ministerrat in die Presse lancierten Meldungen, in denen übereinstimmend die Herkunft aus sicherer Quelle betont wird, dazu bestimmt seien, Briand, der bekanntlich ein entschiedener Gegner jeder Maßnahme ist, durch die die französisch-russischen Beziehungen verschärft werden könnten, vor einer vollendeten Tatsache zu stellen und ihm den Willen der übrigen Kabinettsmitglieder aufzuzwingen.

## Ein Nichteinmischungsabkommen von Moskau angeboten?

Paris, 13. September. (Eigenbericht.)

Der „Matin“ wehrt zu melden, daß bei dem jüngsten Telegrammwechsel zwischen Paris und Moskau gelegentlich der Affäre Rakowski der russische Außenminister Tschichserin Briand angeboten habe, mit Frankreich einen Freundschafts- und Pakt der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten einzugehen. Französische Seite sei keinerlei Antwort auf diesen eigenartigen Vorschlag erfolgt und die französische Regierung habe es nicht einmal der Mühe wert gehalten, ihn einer Prüfung zu unterziehen. Das Blatt sieht darin den besten Beweis dafür, daß die Sowjets beabsichtigen, die Propaganda zugunsten der dritten Internationale in Frankreich weiter auszubauen (?), denn sonst hätte dieser eigenartige Vorschlag, der einzig in der Geschichte der zivilisierten Völker dastehende, nicht erfolgen können. Noch nie sei in einem Vertrag ausdrücklich bemerkt worden, daß die beiden vertragschließenden Parteien darauf verzichteten, sich gegenseitig in ihre inneren Angelegenheiten zu mischen.

## Verbesserungen bei der Post.

Herr Schädel scheint endlich aus der allgemeinen Gebühren-erhöhung, mit der er uns beglückte, die Forderung zu ziehen, daß nun als Gegenleistung auch etwas für das zahlende Publikum getan werden muß. Der Reichspostminister hat in einem Rundschreiben die Oberpostdirektionen aufgefordert, die dringliche Frage der Verkehrsverbreiterung einer beschleunigten Prüfung zu unterziehen. Entsprechende Verhandlungen sind bereits in die Wege geleitet und werden in der Hauptsache unter folgenden Gesichtspunkten geführt:

Die Zahl der Briefzustellungen ist vor allen Dingen zu vermehren. Vor dem Kriege wurde die Post in Berlin täglich achtmal bestellt. Gegenwärtig haben wir eine viermalige Postzustellung; in den Vororten erhalten wir die Post nur dreimal am Tage. Im Augenblick ist nicht beabsichtigt, auf den Vorkriegszustand zurückzu-kehren, aber man will unter Umständen erreichen, daß in den Haupt-geschäftsgebieten ein sechsmaliger Zustellungsdienst durchgeführt wird, in den übrigen Gegenden aber zum allerwenigsten viermalige Befestigung erfolgt. In der Provinz soll für kleinere Orte die Zustellung zumindest verdoppelt werden.

Wie erinnerlich, wurden im Kriege zahlreiche Paket-annahmestellen aufgehoben. Dies scheint bei den heutigen Verhältnissen nicht mehr tragbar. Deshalb sollen in den größeren Städten und namentlich in Berlin die Paketannahmestellen ganz erheblich vermehrt werden.

Die Beschränkung der Schalterstunden soll in umfangreichem Maße beseitigt werden. In Berlin wird der erste Post-zustellungsdienst erheblich früher als gegenwärtig angelegt werden. Die Geschäftsgebühren sollen besonders berücksichtigt werden. Weiterhin ist eine starke Vermehrung der Briefmarken- und Post-faktensammelstellen vorgesehen. Dabei ist angeordnet, daß diese Automaten möglichst auch außerhalb der Postämter stehen, so daß wir auch nachts um Briefmarken und Postkarten versehen können.

Wir hoffen, daß diese Verbesserungen aber auch wirklich nicht in bürokratischem, sondern in beschleunigten Tempo durch-geführt werden.

## Der Tod auf den Schienen.

Einen graußigen Fund machten heute früh Eisenbahnbeamte am Ende des Bahnsteiges auf der Station Hohenzollern-damm. Neben den Gleisen liegend, wurde der Körper eines Mannes gefunden, dem der Kopf vom Rumpf getrennt war. In der rechten Hand entflammerte der Tote transporthalt einen Regenschirm. Nach den Feststellungen handelt es sich um einen 55-jährigen Hyronimus Urban aus der Wollner Str. 33. Die Leiche wurde beschlagnahmt und in das Schaubaus gebracht. Ein Selbstmord scheint nach dem Befund ausgeschlossen. Man vermutet, daß U. unbemerkt vom Bahnsteig gestürzt ist und von einem gerade einlaufenden Zug überfahren wurde.

## Leichtathletik im Film.

Im Tauentien-Palast wurde zum erstenmal der soeben fertig-gestellte Lehrfilm „Leichtathletik“ vorgeführt. Der Film ist im Auf-trag des Deutschen Reichsausschusses für Leibes-übungen von der Deutschen Hochschule für Leibes-übungen hergestellt worden. Die sportliche Leistung lag in den Händen der Dipl.-Turn- und Sportlehrer Westphal und Kämlich. Man kann wirklich sagen, daß der Film es versteht, den Wert der sportlichen Leistungen zu erklären. Man hat gute Leicht-athleten durch Durchführung herangezogen. Sie waren bemüht, zu beweisen, daß alles Training nur zur Unterstützung der natürlichen Veranlagung dient. Die Körper sind glänzend durchgebildet und trotzdem nicht Muskelpakete. Es wurden Aufnahmen aus allen Gebieten der Leichtathletik gezeigt. Wie Formen werden eigentlich aus dem Laufen heraus entwickelt. Beim Laufen wieder kommt es hauptsächlich auf Durchbildung des Rumpfes an. Die Darsteller

# Drei Wochen in Moskau.

Eindrücke eines Sozialdemokraten.

Im Rahmen einer Gesamtveranstaltung der „Jungsozia- listischen Vereinigung“ berichtete Genosse Dr. Otto Friedländer im großen Sitzungssaal des Bezirksamts Kreuz-berg vor einer aufmerksamen Zuhörerschaft von seinen Eindrücken, die er anfänglich einer in diesem Sommer unternommenen Studien-reise nach Moskau gewonnen hatte. Genosse Dr. Friedländer war im Auftrage eines textilwirtschaftlichen Privatunternehmens nach Rußland gereist; dank dieses „Umweges“ dürfte er der erste Sozialdemokrat sein, der sich im „gelobten Land“ — ohne das Gängelband der Sowjets — frei bewegt hat. Interessant ist seine auf genaue Kenntnis der Dinge beruhende Mitteilung, daß das feinerzeit erlassene Verbot einer Einreise Kurt Heinigs nach Rußland weniger von den Berliner Stellen als von den Sowjetgewaltigen in Moskau ausging.

Genosse Dr. Friedländer, dem private Dolmetscher zur Verfügung standen, berichtete im Anfang seiner Ausführungen von der starken propagandistischen Kraft, die das neue Rußland bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten entfaltet. So begrüßt z. B. den aus Deutschland Eintreffenden an der russischen Grenze ein großes Tor mit der Aufschrift „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“, die gleiche Inschrift kann man aber auch auf — Tintenfassern lesen. Viele Gebrauchsgegenstände, die in den vergesellschafteten Unternehmungen hergestellt sind, zeigen „Hammer und Sichel“ als Schutzzeichen des Staates. Plastisch und farbig war das Bild, das der Referent vom Moskauer Straßenleben zeichnete, in dem neben stimmungsvollen Eindrücken (darin sind die Russen Meister) die Kermüdigkeit und Dürftigkeit schlecht ernährter Menschen auffallen. Denn die soziale Lage der arbeitenden Massen ist in Rußland alles andere als gut. Genosse Dr. Friedländer hat viele Fabriken besucht, die fast ausschließlich von sogenannten „Berufsproletariats“ geleitet werden, d. h. von Männern, deren Zuverlässigkeit in einem jahrzehntelangen illegalen Kampf gegen den Fortismus erprobt ist. Die Fabriken arbeiten mit einem ver- alteten Maschinenpark, für dessen Neubehaltung bisher kein Kapital vorhanden ist. Dabei wird bis zu 90 Proz. im Akkord gearbeitet. Die Löhne sind erschreckend niedrig. Einjährlicher der Arbeiter, von denen zwei pro Woche erlaubt sind, verdient ein Fabrikarbeiter 50 bis 52 Rubel im Monat. Nach untern Geld-verhältnissen sind das 100 Mark. Die Kaufkraft des Rubels ist aber gegenüber den Gegenständen des täglichen Bedarfs etwa um die Hälfte gesunken, was teilweise durch soziale Entwertungen weit-gemacht wird. Letztere hinzugerechnet, kommt aber kein anderer

hatten eine vorbildliche Beherrschung jedes einzelnen Muskels, so daß auch keine der unbewußten hübschen Bewegungen zu sehen war. Der Film eignet sich ausgezeichnet als Lehrfilm, da bei den Aufnahmen sehr viel mit Zeitlupe gearbeitet worden ist. Durch das langsame Abrollen der Bewegungen gewonnen sie nur noch an Ausgesprochenheit. Die Leichtathletik hat aller rhythmischen Gym-nastik zum Trotz bestimmt eine große Zukunft, und besonders wenn so vorzügliche ausgebildete Lehrer ihre Ausbildung in die Hand nehmen. Der Film ist im Stadion ausgenommen. Die technische Ausführung lag in den Händen von Peter Scheidt, der viel Sinn für Raumordnung und Farbwirkungen bewies.

## Gasvergiftung in der Lasterstraße.

Im Hause Lasterstraße 3 wurde heute nachmittags der Achtstündler Stear und seine Frau demutlos durch Gas vergiftet aufgefunden. Die Wiederbelebungsversuche der Feuer-wehr, die mit zwei Rettungswagen zur Stelle war, hatten nur bei dem Mann Erfolg. Bei Schluß des Blattes war die Feuer-wehr noch an der Unglücksstelle beschäftigt. Ob Unglücksfall oder Selbstmord vorliegt, konnte noch nicht festgestellt werden.

## Neues Fernsprechkabel Deutschland—Schweden.

Zwischen Deutschland und Schweden ist die Legung eines dritten im Auftrage der beiden Telegraphenverwaltungen hergestellten Fernsprechkabels quer durch die Dniepervöllung worden, nach-dem vor wenigen Wochen die rund 13 Kilometer lange deutsche Küstenabstrecke fertiggestellt wurde. Das von der Firma Peltan u. Guilleaume in Köln-Mülheim gefertigte fast 120 Kilometer lange Fernsprechkabel ist das dritte seiner Art zwischen den beiden Küsten und bildet die Hauptstrecke einer zusammenhängenden, 162 Kilometer langen Kabelverbindung von dem deutschen Ver-stärkerort Ströhlund zu dem schwedischen in Waimö. In diesen Kernern erhält es Anschluß an die auf beiden Seiten bestehenden Landfernspreknetze. Das Kabel entspricht mit seinen zwölf Sprech-freien den neuesten Errundungsständen der Technik und ist nicht nur für den Wechselverkehr zwischen Deutschland und Schweden, sondern auch für den Fernsprekverkehr über die Grenzen beider Länder hinaus besonders gut geeignet. Der jetzt geschaffene Kabelweg bildet ein neues wichtiges Glied in dem sich immer enger schließenden all-europäischen Fernspreknetz.

## Der Naturheilkundige „Doktor“ Berg.

Der Tod eines jungen Mädchens veranlaßte, wie wir feinerzeit mitteilten, vor 14 Tagen die Kriminalpolizei zur Festnahme eines Naturheilkundigen Prof. Dr. Paul Berg aus Friedenau und eines angeblichen Dr. med. Ernst Berg aus der Birchowstraße. Wegen beide wurde richterlicher Haftbefehl erlassen. Berg behauptete bei seiner Festnahme, daß er den medizinischen Dokortitel auf der Universität Greifswald erworben habe. Die Kriminalpolizei, die einige Zweifel hegte, wandte sich an die Universität und hat jetzt von dem Dekan der medizinischen Fakultät die Auskunft er-halten, daß Ernst Berg dort weder promoviert, noch stu-diert hat. Den medizinischen Dokortitel erwarb dagegen im Jahre 1897 sein Bruder Paul Berg, der unterdessen verstorben ist. Ernst Berg legte sich den Titel seines toten Bruders bei und trat jetzt als Naturheilkundiger auf, während er ursprüng-lich Kaufmann war. In dem Naturheilkundigen, das ein anderer Ver-bote, haben die Ermittlungen der Kriminalpolizei unglückliche Zustände aufgedeckt. So ist festgestellt worden, daß Berg sich im Speisezimmer der Wohnung auf dem Tisch Operationen vor-genommen hat.

Kleingartenbauausstellung in Weihen. Der Bezirksverband Weihen des Reichsverbandes der Kleingartenvereine Deutschlands eröffnete am Sonntag in der Stadthalle Weihen seine 4. Klein-gartenausstellung. Der Verband Weihen hat mit 2400 Mit-gliedern der zweitkleinsten von den 18 Groß-Berliner. Im Flächen-ausdehnung rangiert er an fünfter Stelle mit etwa 500 Morgen Land. Statistischer Raiser vom Bezirksamt Weihen teilte mit, daß dem Bezirk in Kürze noch 155 Hektar Land zur Dauerbebauung zur Verfügung gestellt werden, das bedeutet, daß den Wünschen der Kleingärtner genau wie im übrigen Berlin zu 70 Proz. stattgegeben wird. Als letzter sprach Genosse Reinhold, Vorstand des Pro-vinzalverbandes für Groß-Berlin. Er wies darauf hin, daß sich die Kleingärtner bewußt aus dem Stadium der Kugelhörner, die während der Kriege, und Inflationszeit notwendig waren, zu Schmuck- und Erholungsgärten entwickeln wollen. Die Kleingärten sind dadurch zur Notwendigkeit für die Verschönerung des Stadtbildes geworden. Man sollte die Forderungen der Kleingärtner eifriger als bisher unterstützen.

Reallohn als 80 bis 90 Mark für den Monat heraus. Hochqualifizierte Arbeiter verdienen 150 bis 200 Rubel im Monat. Die Arbeiter sind nach dem Einkommen gestaffelt; bei ihrer Festlegung fallen aber nicht selten ungerechte Entscheidungen. Ein einfacher Anzug kostet in Rußland nach deutschem Gelde 240 Mark. Die Wohnungsverhältnisse sind sehr schlecht. Zwei Familien wohnen oft genug in einem Raum, nur durch einen Kreisbestriff getrennt. Die Zahl der Erwerbslosen, die eine sehr niedrige staatliche Unterstützung erhalten, beträgt ungefähr eine Million. Das russische Geld wird aber den „Arbeiter-delegationen“, die von Spigenleistungen zu Spigenleistungen geführt werden, nicht gezeigt. Und dieses Geld zeigt sich am grauenhaftesten im Kleinen der elternlosen und obdachlosen Kinder, die von Bettel, Diebstahl und selbst von Prostitution leben. Gegen dieses Geld geschieht nichts, dagegen werden von der Sowjetregierung ungezählte Gelder für Propagandazwecke ausgegeben. Während die Kleinfamilien der Weltrevolution in allen Ländern ihren Unfug stiften, wächst in Rußland eine Verbrechergeneration heran, deren Ausrottung durch Gewaltmittel die russischen Bauern ernstlich fordern. Lichtblicke weist Rußland nur in wenigen sozialen Einrichtungen auf, die allerdings in anderen Ländern auch nicht un-bekannt sind.

Die Industrie ist zu 80 Proz. sozialisiert. Die einzelnen Fabriken, die zu Trakts zusammengeschlossen sind, arbeiten nach dem Prinzip der Bedarfswirtschaft. Kein leitender Kommunist hat ein höheres Gehalt als 225 Rubel im Monat, während die technischen Direktoren bis zu 750 Rubel verdienen. Der Privatehandel ist mit Steuern belegt, die ihn fast erdrücken und darum korrupt machen. Die Bauern, die nicht genügend Land anbauen, sind mit ihrer Lage keineswegs zufrieden, doch ist von ihnen keine aktive Opposition zu erwarten. Die Unterdrückung der Meinungsfreiheit ist vollständig und in ihren Auswirkungen für jeden Nichtrussen unerträglich. Geistige Stille liegt über dem Lande. Auch die Verwaltungsbürokratie, die nur vor Eheschließungen und Scheidungen halt macht, ist schlimm. Alles in allem ist die soziale Lage Rußlands eine schlechte. Wenn es Rußland nicht in absehbarer Zeit gelingt, vom Zustand auf dem Wege der Kreditgewährung Kapitalien zu erhalten, wird es neuen wirtschaftlichen Erschütterungen ausgesetzt sein. Das Rußland von heute ist kein Paradies und keine Hölle, aber ein Schattenreich, in dem die arbeitenden Massen ein schweres Leben führen.

## Wrack der „Old Glory“ gefunden?

Von den Insassen keine Spur.

New York, 13. September.

Das Wrack der „Old Glory“, mit der Floyd Bertaub, James D. Hill und der Chefredakteur Philip Payne am vorigen Dienstag zum Flug nach Rom gestartet waren, ist 100 Meilen von der Stelle entfernt, von der die Flieger die letzten SOS-Rufe ausstrahlten, auf 31,17 Grad nördlicher Breite und 39,23 Grad westlicher Länge auf dem Meere treibend gefunden worden, und zwar durch den von dem Blatte Paynes auf die Suche nach den Vermissten ausgesandten Dampfer „Kyle“. Von der Besatzung der „Old Glory“ konnte keine Spur entdeckt werden. Aus den bisherigen Meldungen von Bord der „Kyle“ ist nicht zu ersehen, ob das ganze Flugzeug oder nur dessen Tragflächen gefunden wurden.

London, 13. September.

Das Steuer und ein Teil einer Tragfläche eines Flugzeuges wurden in Requaay (Cornwall) an Land gespült. Die Flugzeug-trümmer waren mit einem silbergrauen Stoff überzogen, trugen jedoch kein Erkennungszeichen.

## Erdbeben im Kaukasus.

Gegend um das Schwarze Meer besonders heimgesucht

Moskau, 13. September.

In der letzten Nacht wurden in der ukrainischen, der Arim- und der nordkaukasischen Küste des Schwarzen Meeres drei heftige Erdstöße mit unterirdischem Getöse wahr-genommen. Am stärksten war das Erdbeben in Sebastopol und den umliegenden Kurorten an der Südküste der Arim. Unvoll-ständige Nachrichten aus Jalta zufolge, wohin die Draht-Verbindung unterbrochen ist, sollen dort Menschenopfer zu be-klagen sein. Aus anderen Städten wurden Menschenopfer nicht gemeldet. In Sebastopol stürzten mehrere Häuser ein. Fast alle Häuser der Stadt haben Beschädigungen davongetragen. In Odeffa wurden drei starke Erdstöße verzeichnet; der letzte um 5 Uhr 22 Minuten war so stark, daß in den Obergeschossen mehrerer Häuser die Wände einstürzten und die Scheiben zertrümmert. In Sebastopol, Simferopol, Odeffa und Noworossisk hält sich die Be-völkerung nachts auf den Straßen auf. Schwächere Erdstöße wurden auch in der Gegend zwischen Kiew und Odeffa wahrgenommen. Das Erdbeben war bedeutend stärker als das Erdbeben auf der Arim im Juli.

Bekanntere Nachrichten zufolge sind in Simferopol durch das Erdbeben drei Personen getötet und 65 verletzt worden. In Koriuz wurden durch Einsturz einer Mauer drei Personen getötet. In einigen Sanatorien haben Kurgäste leichte Verletzungen davon-getragen. Im Gebirge ereigneten sich Bergstürze. In Balakawa überstülpten die Wogen die Ufer. In Jalta und Anschita arbeiten diese Institutionen unter freiem Himmel. Den Geschädigten werden Lebensmittel verabreicht und ärztliche Hilfeleistungen gewährt.

In Ramangan im Ferganagebiet, das am 12. August von einem heftigen Erdbeben heimgesucht wurde, wobei einige tausend Häuser zerstört oder beschädigt und über hundert Personen getötet und verletzt wurden, dauern die Erdstöße und Erd-schwankungen noch immer an. Am 11. September wurden im Laufe einer halben Stunde fünfzehn Erdstöße verzeichnet. Obwohl die Erdstöße nicht mehr katastrophaler Natur sind, fürchtet sich die Bevölkerung, in die sichengestürzten Häuser zurückzukehren.

## Der Leipziger Seismograph registriert.

Vom Leipziger Seismographen wurden in der Nacht von Sonntag zu Montag vier Erdbeben aufgezeichnet. Die erste Registrierung begann gegen 23,19 Uhr. Die Maximal-bewegung erfolgte gegen 23,25 Uhr. Der Herd dieses Bebens liegt in etwa 1700 Kilometer Entfernung. Noch während die Nach-läufigwellen des ersten Bebens registriert wurden, zeigte um 0,29 Uhr ein neuer Erdstoß von weit geringerer Stärke ein. Die Herd-entfernung beträgt rund 2000 Kilometer. 4,24 Uhr früh wurde ein stärkeres Erdbeben mit derselben Herdentfernung auf-gezeichnet. Ein viertes Beben, dessen Entfernung sich nicht angeben läßt, wurde morgens zwischen 7,40 Uhr und 8 Uhr registriert.

# Der Bundeskongress des ADB.

## Um die Verwaltungsreform im Reich.

Zu Beginn der heutigen Vormittagssitzung hielt der Bezirksbürgermeister Genosse Dr. Paul Herz ein Referat über die Verwaltungsreform, in dem er etwa folgendes ausführte:

Die Verwaltungsreform ist nicht nur als ein technisches Problem, sondern viel mehr noch als eine politische Aufgabe zu betrachten. Die gegenwärtige Spannung zwischen der demokratischen Verfassung und dem konserverativen Verwaltungssystem, das in seinem organisatorischen Aufbau unverändert aus dem alten Obrigkeitstaal übernommen worden ist, kann nur durch die

### Demokratisierung der Verwaltung

beseitigt werden. Eine demokratische Verwaltungsreform auf großer Stufenleiter setzt einmal die Verwirklichung des deutschen Einheitsstaates voraus, um die Länderbureaucratie zu beseitigen, zum andern aber auch die Einführung der Selbstverwaltung.

Der deutsche Einheitsstaat kann aber noch nicht, wie vielfach irrtümlich angenommen wird, durch eine Reorganisation des Reiches erreicht werden, weil dafür die Verhältnisse noch nicht reif sind. Es muß zunächst einmal die gesetzgeberische und verwaltende Zuständigkeit des Reiches erweitert werden, so daß die Länder allmählich zu Selbstverwaltungskörpern werden. Eine Selbstverwaltung besteht in Deutschland heute nur der Form, nicht aber dem Inhalt nach. Diese Selbstverwaltung darf sich nicht in Wirtschafts- und Wohlfahrtsfragen erschöpfen, sondern muß die gesamte örtliche Verwaltung, insbesondere also auch die Hoheitsverwaltung, mit Polizei- und Schulwesen umfassen. Die Verwaltungspolitik aller Parteien ist in der Nachkriegszeit ausgesprochen zentralistisch-bureaucratisch geworden. Für die deutschen Verhältnisse kommt, wenn man vor allem an den Anstoß Österreichs denkt, nur

### ein dezentralisiertes Verwaltungssystem

in Frage. „Der deutsche Einheitsstaat wird ein Selbstverwaltungsstaat sein, oder er wird nicht sein.“

Die gegenwärtige sinnlose Anhäufung der Instanzen mit ihrer unsicheren, verästelten und sich durchkreuzenden Befehlsgewalt ist weder politisch, noch verwaltungstechnisch, noch finanziell länger erträglich. Die richtige Aufgabenverteilung zwischen der Ministerialinstanz und der Exekutive besteht darin, daß sich die Ministerialinstanz auf die Aufstellung der Grundzüge und die Wahrung der Einheitlichkeit beschränkt, die Verwaltung selbst aber den unteren Instanzen, bei der Selbstverwaltung also den kommunalen Körperschaften, überlassen bleibt.

Der Referent ging dann noch eingehender auf die mit der Verwaltungsreform eng verbundene Behörden-, Bureau-, Gesetzes- und Personalreform ein. Die wichtigste personalpolitische Forderung ist die, daß alle leitenden Posten und alle Personalreferate

### nur mit Ueberzeugungrepublikanern

besetzt werden. Unsere Justiz zum Beispiel würde bestimmt anders aussehen, wenn seit 1918 die leitenden Posten der Landgerichts- und Oberlandesgerichtspräsidenten, der Oberstaatsanwälte und Generalstaatsanwälte mit zuverlässigen Republikanern besetzt worden wären.

Scharf wandte sich der Redner gegen das jetzt wieder überwachende, von gehässiger Befinnung gegen die Demokratie erfüllte Kaulerstudententum mit seinem Konnexionswesen, insbesondere aber gegen die Korps. Diese Kreise haben die Futtertrippelpolitik der Vorkriegszeit wieder aufgenommen.

Genosse Herz beendete seinen Vortrag mit dem Satz: „Nur eine konsequente demokratische Verwaltungsreform kann die letzten Spuren eines 500jährigen Fürstenabsolutismus in der deutschen Geschichte austilgen und aus der halben Demokratie die ganze machen.“

Eine im Sinne des Referats abgefaßte Entschließung wurde von dem Kongress einstimmig angenommen.

## Schiedspruch für die Zigarettenindustrie abgelehnt.

Die in der Berliner Zigarettenindustrie hauptsächlich in Frage kommende Organisation der Tabakarbeiter hat den Schiedspruch vom 7. September einstimmig abgelehnt. Die übrigen zu dem Kartell gehörenden Organisationen, mit Ausnahme der Metallarbeiter, deren Tarifvertrag für die Maschinenführer noch Geltung hat, nehmen gefordert zu dem Schiedspruch Stellung. Der Buchbinderverband hat bereits beschlossen, während die Entschlüsselung des Betriebsbundes noch erfolgt.

Die Stellungnahme der Unternehmer, die mit ihrer Erklärung bis Mittwoch Zeit haben, ist noch nicht bekannt. Jedenfalls werden sich nach der Ablehnung der Tabakarbeiter weitere Verhandlungen notwendig machen.

## Das Theater im Zimmererverband.

Zu dem in der „Roten Fahne“ vom 11. September überschriebenen Artikel „Unzureichende Lohnzulage im Baugewerbe“ wird uns vom Baugewerksbund, Baugewerkschaft Berlin, mitgeteilt: Es wird von dem Verband der Zimmerer so dargestellt, als ob der Baugewerksbund und Schuld daran trägt, daß der Lohn der Zimmerer bei ihren letzten Lohnverhandlungen vor dem Haupttarifamt nicht höher als der Lohn der Maurer gesetzt worden ist. Diese Auffassung kann natürlich nur bei der Leitung der Berliner Zählstelle des Zimmererverbandes aufkommen, die aus bestimmten Gründen verpflichtet ist, alles, was der Baugewerksbund macht, herunterzureihen. Daran sind wir seit langer Zeit gewöhnt und lassen den tapferen Kämpfern beim Aufstellen ihrer Parolen gern den Vorrang, da wir als „Reformisten“ ja doch nicht mitkommen.

Da der Schiedspruch des Haupttarifamtes für die Zimmerer keinen höheren Lohn als für die Maurer gebracht hat, sucht man natürlich nach einem Prügeln, und das ist „selbstverständlich“ der Baugewerksbund.

In dem Artikel wird weiter gesagt, daß der Baugewerksbund das Zuständekommission des Tarifamtes sabotiert und Theater gemacht hätte. Wer macht Theater? Vor der ersten Tarifamtssitzung wandte sich Repschläger an den Vorsitzenden des Baugewerksbundes, Drügemüller, und teilte demselben mit: „Ihr — der Baugewerksbund — habt ja mit den Lohnverhandlungen der Zimmerer nichts zu tun. Da dies eine reine Angelegenheit der Zimmerer ist, könnt ihr Beifügung im Tarifamt gar nicht stellen und wollen wir als Zimmerer das Tarifamt allein besetzen.“

Drügemüller war derselben Auffassung. Dieser Standpunkt wurde durch Schriftwechsel noch besonders betont, und demzufolge hat der Baugewerksbund keinen Beifügung im Tarifamt gestellt.

Repschläger selbst hat im Plenum des Tarifamtes erklärt, der Streikfall der Zimmerer gehe die anderen Organisationen nichts an, da der Zimmererverband die Beifügung der anderen Organisationen als „vorbelastet und belanglos“ ansah und sich die anderen Organisationen auch selbst als belanglos und vorbelastet ansehen müßten.

So, ihr Revolutionäre, ist kurz der Sachverhalt! Da ihr es nicht tut, werden wir euren Mitgliedern die Wahrheit sagen. Ihr führt eure Mitglieder hinter das Rücken, ohne Rücksicht darauf, daß dadurch der Gewerkschaftsbewegung Schaden zugefügt wird. Ergibt euch nicht länger in unfruchtbarer Phrasenschwall, sondern treibt in Zukunft ein offenes und ehrliches Spiel!

## Der nächste „internationale Gewerkschaftskongress“.

In einer W.B.-Mitteilung aus Brüssel ist das Exekutivkomitee der Sozialistischen Arbeiterinternationale, das dort getagt hat, irrtümlich als „Vollzugsausschuss der Gewerkschaftsinternationale“ bezeichnet worden. In der Redaktion

eines Arbeiterblattes mußte diese Verwechslung ohne weiteres aufhellen, zumal es sich um die Tagesordnung des nächsten Kongresses der Arbeiterinternationale im Jahre 1928 handelt, eine Tagesordnung, die natürlich rein politischer Art ist. Der Ausschuss des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat jetzt kurz nach dem Pariser Kongress noch einiges andere zu tun, bevor er die Tagesordnung des nächsten internationalen Gewerkschaftskongresses festsetzt.

Das ist logar der „Roten Fahne“ aufgefallen. In ihrem Eifer, dem IGB. eine auszuweichen, hat sie jedoch die Verwechslung in der W.B.-Mitteilung nicht bemerkt, vielmehr an dessen Abdruck in ihrer heutigen Ausgabe folgende geistreiche Bemerkung geknüpft:

„Der nächste Kongress findet statutenmäßig im Jahre 1930 statt. Da ist es allerdings das Wichtigste, jetzt eine Tagesordnung aufzustellen, die in diesem Jahre auf den Kongress gehört hätte!“

Die Tagesordnung des Internationalen Sozialisten-Kongresses selbst hat alsr. offenbar den Beifall des Blattes gefunden.

## Die AEG. maßregelt ein Betriebsratsmitglied.

Im Betriebe der AEG. in Treptow berieten zwei Funktionärinnen über eine Demonstration gegen die Hinrichtung von Sacco und Vanzetti. Ein halbständiger Demonstrationstreik wurde beschlossen und ausgeführt. Ein Mitglied des Betriebsrats, das in einer der Sitzungen für die Demonstration eingetreten war, wurde entlassen mit der Begründung, er habe gegen § 123 der Gewerbeordnung verstoßen, denn er habe die Arbeiter zu einer ungesetzlichen Handlung (der halbständigen Arbeitsruhe) verleitet.

Der Entlassene klagte beim Arbeitsgericht, welches ihn unter dem Vorbehalt des Amtsgerichts Dr. Leutenburg abwich mit der Begründung: Eine halbständige Unterbrechung der Arbeit widerspricht dem Gesetz. Ob sie ausgeführt ist und ob sich der Kläger daran beteiligt hat, sei nicht von Bedeutung. Er habe für die Arbeitsniederlegung gesprochen, also versucht, die Arbeiter zu einer ungesetzlichen Handlung zu verleiten. Dadurch ist die Entlassung auf Grund von § 123 der Gewerbeordnung begründet.

Zu diesem Urteil ist zu sagen: Kein Arbeiter, der für einen halbständigen Demonstrationstreik eintritt, wird sich bemühen, damit eine gesetzliche Handlung zu begehen. Diese Handlung wird ja auch nur durch eine gefälschte juristische Auslegung zu einer gesetzlichen gestempelt.

Beim Erlaß der Gewerbeordnung hat der Gesetzgeber sicher an ganz andere Verhältnisse als an eine Aufforderung zur halbständigen Arbeitsruhe gedacht. Das müßte auch ein Richter berücksichtigen, der nicht nach dem Buchstaben, sondern unter Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse urteilt.

## Französische Rheinschiffahrtsbetriebe.

### Das Personal gegen Vertragsbruch.

Duisburg, 13. September. (Eigenbericht.)

Das auf den französischen Fahrzeugen beschäftigte Personal besteht zum größten Teil aus deutschen Proletariern neben wenigen Elässern. Auf Grund des zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossenen Staatsvertrages vom Jahre 1921 war diesem Personal der französischen Fahrzeuge bei der Schiffsabgabe in der Rheinschiffahrt u. a. als wesentliche Bedingungen des Staatsvertrages zugesichert worden: Arbeits- und Lohnbedingungen, wie sie jeweils mit den deutschen Reedereien von den Gewerkschaften vereinbart werden und Beibehaltung der gesamten deutschen Sozialgesetzgebung.

Beim Beginn der Aufbruchperiode haben die französischen Schiffahrtsgesellschaften den Staatsvertrag für ungültig erklärt und sich bis auf den heutigen Tag nicht mehr an ihn gehalten. So erfolgt die Entlohnung des Personals in französischer Währung, die Sozialversicherung ist total verschlechtert. Bei Arbeitslosigkeit hat das Personal die größten Schwierigkeiten zu überwinden ujm.

Alle diese Vorgänge lösten die Wirkung aus, daß eine allgemeine Empörung des Schiffspersonals ergriff. Wenn es nicht zu Verhandlungen kommt und die französischen Schiffahrtsgesellschaften die Forderungen ablehnen, wird das Personal seine Forderungen anderweit durchzusetzen wissen. Das Deck- und Maschinenpersonal aller Nationalitäten wird zu strikter Solidarität in dem bevorstehenden Kampfe aufgefordert.

Internationale Vereinigung des französisch-schweizerisch-deutschen Rheinschiffahrtspersonals (Französisch-schweizerischer Transportarbeiterverband. — Deutscher Verkehrsband.)

## Internationale Beamtentagung in Nürnberg.

In der Zeit vom 17. bis 20. September findet in Nürnberg der 2. Kongress der Internationalen Vereinigung von Angestellten, Beamten und Lehrer im öffentlichen Dienst statt. Es werden hierzu außer den deutschen Delegierten Vertreter erscheinen aus: England, Frankreich, Österreich, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Holland, Schweden, Bulgarien und Griechenland. Der Beamtentagung internationale gehört von den deutschen Beamtensorganisationen der Allgemeine Deutsche Beamtensbund an. Im Mittelpunkt des Kongresses steht ein Referat von Professor E. Lederer-Heidelberg über „Die Beamten in der Volks- und Weltwirtschaft“.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabends von 9-3 Uhr und 4-6 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

# Wirtschaft

Umstellungserfolge in der Brennstoffindustrie. Der Abschluß der fünftägigen A.-G. Witten zeigt, daß das Unternehmen die notwendige Radikalität vom vergangenen Herbst gut überstanden hat. Die 1,2 Millionen Mark Verluste im Geschäftsjahr 1925/26 machten eine Herabsetzung des Aktienkapitals von 1,74 auf 0,87 Millionen sowie Auflösung des Reservefonds von 174 000 Mark erforderlich, so daß die Verluste bis auf 185 000 Mark getilgt werden konnten. Durch scharfe Herabsetzung der Unkosten von 850 000 auf 560 000 Mark, Abstoßung der mit 210 000 Mark bewerteten Beteiligungen sowie erhebliche Verminderung der Zinslasten um über 100 000 auf 166 000 Mark konnte ein Reingewinn von 30 000 Mark erzielt werden. Die absolute Verringerung der Unkosten erscheint um so bedeutender, als im Zusammenhang mit einer bedeutenden Umgestaltung der Anlage im Berichtsjahr noch ausgebaut wurde. In den von 0,6 auf 0,8 Millionen Mark gestiegenen Forderungen und den von 1,5 auf 1,1 Millionen Mark ermäßigten Schulden an die Reichsmonopolverwaltung in Höhe von 405 000 Mark nicht in Einflang. Der erhöhte Auftragsbestand hat zu einer Erhöhung der Belegschaft über den alten Stand von 100 Mann geführt.

Die deutsche Erdölgewinnung 1926. Die günstige Entwicklung der deutschen Erdölgewinnung, die seit 1921 eingeleitet hat, hat nach den Untersuchungen des Statistischen Reichsamtes auch im Jahre 1926 angehalten. Die Ausbeute stieg gegenüber dem Vorjahr um 16 262 Tonnen auf 95 392 Tonnen, mithin um 20 Proz. Infolge der beträchtlichen Zunahme seit 1921 war die deutsche Erdölgewinnung im Jahre 1926 um rund ein Drittel größer als die der Vorkriegszeit innerhalb der heutigen Reichsgrenzen. Der Anteil der deutschen Erdölgewinnung an der Weltproduktion, die für 1926 auf 150,9 Millionen Tonnen geschätzt wird, beträgt allerdings nur 0,06 Proz., der Frankreichs 0,04 Proz. Hierzu kommt, daß das niederländische und das estnische Erdöl sehr schwer ist. Es enthält viel Heizöl, aber wenig Benzin.

## Sport.

### Bogkampsabend des Polizei-Sport-Vereins.

Der Polizei-Sport-Verein eröffnete gestern abend im Kriegervereinshaus in der Chausseestraße seine Winterjagd mit einem Mannschaftsbogkampf gegen den Stettiner Bogklub. Die Mannschaften beider Vereine betreten in guter Verfassung den Ring, und so bekamen die Zuschauer einige harte Kämpfe zu sehen. Schade nur, daß der Besuch so schwach war! Das Resultat des Kämpfes war 8:8, unentschieden!

Schmidt (P.S.V.) und Steindamm (Stettin) trennten sich im Fliegengewicht unentschieden. Im Bantam wurde Titel (Stettin) über Undera II (P.S.V.) überlegener Punktstieger. Der Federgewichtskampf zwischen Undera I (P.S.V.) und Salomon (Stettin) endete nach einem flotten Verkauf unentschieden. Der Leichtgewichtler Blümel (P.S.V.) wurde von Ruppel (Stettin) in wenig schönem Kampf ausgepufft. Thoren (P.S.V.) errang einen glatten Punktstieg über den Velttergewichtler Bauh II (Stettin). Im Mittelgewicht zwang Bauh (P.S.V.) Jädel (Stettin) in der 3. Runde zur Aufgabe. Jädel war außerordentlich hart im Nehmen. Gaitowski (P.S.V.) gewann im Halbschwergewicht über Spörkel (Stettin) einwandfrei nach Punkten. Im Schwergewicht trat für Daniel (P.S.V.), der sich im Training eine Augenverletzung zugezogen hatte, dessen Klubkamerad Anjorg gegen Jasper (Stettin) an. Jasper gewann den Kampf hoch nach Punkten.

Verantwortlich für Politik: Richard Brandenstein; Wirtschaft: G. Ringelstein; Gewerkschaftsbewegung: A. Wetzer; Justiz: Dr. John Schimmler; Sozial- und Sonstiges: Fritz Karst; Kunst: E. Glöckler; sämtlich in Berlin. Verlag: Formverlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formverlag-Verlagsdruckerei und Verlagsanhang Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Schwarzer Adler, Frankfurter Allee 99  
Vom 13. bis 15. September 1927  
**Metropolis**  
Ferner: Bühnenschau

Viktoria-Lichtbildtheater, Frankfurter Allee 48  
Vom 13. bis 15. September 1927  
**Metropolis**

Neukölln, Bergstr. 131/52  
Vom 13. bis 15. September 1927  
**Die schönsten Beine von Berlin**  
Ferner: Bühnenschau

Holzhäuser liefert seit 25 Jahren  
Wochenendhäuser - Prospekte gratis!  
Wald- u. Wasserparzellen - Nachweis.

**Gerhard Köhnen**  
Das Haus für Volkskleidung und Berufskleidung  
**NEUKÖLLN**  
Hermannstraße 76-77

Es lohnt sich  
zwei Etagen zu steigen!  
Durch Reparatur höherer Ladeneinrichtungen  
Qualitätsware äußerst billig!  
**Gardinen, Stores, Bett-, Tisch- und Divanddecken**  
**Gardinenhaus Alfred Walter**  
Neukölln, Selchowerstr. 6  
II. Etage, kein Laden!  
Telefon: F 2 2529  
direkt Untergrundbahn Boddenstraße

**DRIHA**  
das bekannte Berliner Möbelhaus, liefert auch Ihnen gediegene und schöne Schlaf-, Speise- u. Herrenzimmer sowie Küchen- und Einzeilmöbel jeder Art in bekannten Qualitäten  
**auf Kredit bis zu 24 Monaten auch ohne Anzahlung**  
Bitte, besuchen Sie uns, wir passen uns Ihren besonderen Wünschen gern an.  
Der Heim sei schön durch „DRIHA“.  
**MÖBEL**  
ELSASSER STRASSE 37 BRUNNENSTRASSE 33  
nahe Oranienburger Tor nahe Invalidenstrasse

**Beleuchtungskörper und jeden elektrischen Gebrauchsartikel**  
bekommen Sie am billigsten  
**bei bequemer Teilzahlung**  
in unseren Ausstellungenräumen, Elsässer Straße 78  
**Elektrische Anlagen während der Sommermonate**  
einfache Brennstelle 10.- M. bei sauberster Ausführung.  
**Berliner Elektriker-Genossenschaft E.G.m.b.H.**  
Häckerstr. 86-88 / Alexanderstr. 39-40 / Wilmersdorf, Landhausstr. 4

**TRAURINGE**  
1 Ring Dukatongold (900 gest.)  
zum Reklamepreis von . . . . . Mk. 18.-  
Gediegen und modern . . . . . Mk. 27.-  
Schwere Ausführung . . . . . Mk. 28.-  
1 Ring (585 gest.)  
Gediegen und modern . . . . . Mk. 12.-  
Schwere Ausführung . . . . . Mk. 15.-  
8 Karat. Ringe v. Mk. 4.- bis 7.- p. Stück.  
Gravieren gratis zum Mitnehmen.  
Ges. geschützt **Hermann Wiese, Berlin** N 24, Artilleriestr. 30  
W, Passauer Str. 12  
Ständig ca. 3000 feinsten Trauringe am Lager.